



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

März 2016

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Termine

22.03. 14:00 Uhr:
Besuch der **Evangelischen Sozialstation** in **Mosbach**

22.03. 19:00 Uhr:
Nordbaden-Treffen im DGB-Haus in **Karlsruhe**

23.03. 19:00 Uhr:
Kamingespräch mit **Landesbischof Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh** in **Karlsruhe**

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

das Ergebnis der Landtagswahl vom vergangenen Sonntag **ist bitter** und für uns Sozialdemokrat*innen **eine sehr herbe Enttäuschung**.

Der **Wiedereinzug von Georg** und das **gUTE SPD-Ergebnis von Ute** sind die kleinen Sonnenstrahlen am sonst trüben politischen Himmel. **Ich danke Georg und Ute herzlichst** für ihren herausragenden Einsatz, für ihr Stehvermögen und ihren Kampfgeist. **Mein Dank gilt besonders euch allen**, die ihr unermüdlich an Infoständen oder bei Veranstaltungen für unsere SPD, für unsere Kandidat*innen und für eine gerechte Gesellschaft gekämpft habt.

Das aus dem Stand gute Abschneiden der **rechts-populistischen und fremdenfeindlichen** AfD gibt Anlass zur Sorge. Der AfD ist es offenbar gelungen, den Unmut der Wähler*innen zu artikulieren, die dem politischen Establishment misstrauen und den Ein-

druck haben, die Politik habe in der Flüchtlingspolitik die Kontrolle verloren. **Diese Form des Protests ist schwer zu ertragen, aber in einer Demokratie legitim. Um genau diese Demokratie zu schützen, tragen wir alle in Deutschland Verantwortung. Wir müssen weiter für unsere Ideen kämpfen, für unsere Werte eintreten und den Menschen klar machen, was auf dem Spiel steht, wenn undemokratische Kräfte gestärkt werden.** Die Wahlergebnisse spiegeln nicht nur Ängste aufgrund der Zuwanderung von Flüchtlingen wider. Vielmehr manifestiert sich im Zulauf zur AfD eine schon länger **wahrnehmbare Verunsicherung** in unserer Gesellschaft. Die SPD darf und wird nicht zulassen, dass die, die schon hier leben, gegen die ausgespielt werden, die neu in unser Land kommen. Gleichzeitig müssen wir uns selbstkritisch fragen, **warum wir es**

trotz einer guten Regierungsarbeit in den vergangenen 5 Jahren nicht geschafft haben, unsere Politik den Bürger*innen zu erklären und sie hinter uns zu versammeln. **Nach so einem Wahldebakel helfen keine althergebrachten Rituale und keine Denkverbote.** Eine Aufarbeitung kann uns nur gelingen, wenn wir offen und schonungslos die Gründe suchen, benennen und angehen. **Die klare Absage an eine „Schwampel“ war ein erstes wichtiges Ausrufezeichen.** Eine schwarz-geführte Regierung verzerrt den Wählerwillen ins Groteske. **Jetzt sind programmatische Nachdenklichkeit und politische Demut gefordert.** Demokratie ist anstrengend und darf nicht einer "Diktatur der Kurzfristigkeit" folgen. Es bedarf langfristiger Lösungen und Ziele. Wir müssen diese Wahl aufarbeiten und intensiver für unsere Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit arbeiten. **Mit realistischem Optimismus und gemeinsam!**

Eure Dorothee



Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Lösung

In dieser Woche müssen die europäischen Staats- und Regierungschefs nun das Fundament für einen tragfähigen Kompromiss in der Flüchtlingskrise legen. **Der EU-Türkei-Gipfel** vom 7. März hat die Hoffnung genährt, dass der Wille bei den europäischen Regierungen vorhanden ist, **gemeinsam eine europäische Lösung** zu erarbeiten. Eine Verständigung der Mitgliedstaaten muss notwendigerweise auch die **Solidarität mit Griechenland** umfassen. Denn die schlimmen Zustände im griechischen Flüchtlingslager Idomeni zeigen: **Nationale Alleingänge sind kein Ausweg.**

Das Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“ spaltet die Europäische Union, die notwendiger denn je an einem Strang ziehen muss. Es muss

etwas geben zwischen Festung Europa, Stacheldraht und Grenzpolizei sowie völlig unkontrollierter und unbegrenzter Einwanderung. Daran müssen alle arbeiten. Dabei sind wir, um die **Flüchtlingsbewegung nach Europa besser zu kontrollieren** und das **menschenverachtende Geschäft der Schlepper** in der Ägäis zu unterbinden, auf die **Zusammenarbeit mit dem schwierigen Partner Türkei angewiesen.**

Anzuerkennen ist, dass in der **Türkei bereits heute Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak eine sichere Zuflucht** finden. Wenn die Türkei nun bereit ist, bestehende Rückführungsabkommen in vollem Umfang anzuwenden und Flüchtlinge wieder aufnimmt, die über die

Türkei nach Griechenland eingereist sind, dann muss sich die EU im Gegenzug zur **Aufnahme von Kontingenten syrischer Flüchtlinge verpflichten.**

Die SPD setzt sich bereits seit Monaten für solche Kontingente ein. **Denn wir wollen, dass Europa seine humanitäre Verantwortung erfüllt und Menschen nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren und hilflos Schleppern ausgeliefert sind.**

Trotz der **notwendigen Zusammenarbeit mit der Türkei** in der Flüchtlingsfrage ist eines klar:

Es gibt keinen Rabatt auf Menschenrechte, auch nicht für die Türkei.

Am Dialog mit der Türkei führt kein Weg vorbei

Auszüge aus meiner Pressemitteilung vom 7. 3. 16 und meinem Podiumsbeitrag bei der FES-Veranstaltung mit Abgeordnetenkollegen aus dem türkischen Parlament am 14. 3. 16 in Berlin: Flüchtlingsfrage und Beziehungen zur Türkei: Eine neue Partnerschaft?

Wir erleben derzeit eine weltweite Flüchtlingskrise, die die **internationale Kooperation Europas** mit seinen Nachbarn erfordert. **Die Türkei, die mehr Menschen aufgenommen hat als die gesamte Europäische Union**, ist hierbei ein **Schlüsselpartner**, wenn wir den Betroffenen helfen und die Interessen Deutschlands und der EU vertreten wollen. Gleichzeitig erkennen wir in der Türkei **erhebliche Rückschritte in den Bereichen Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz.** Dazu zählt, regierungskritische Zeitungen wie zuletzt "Zaman" unter staatliche Kontrolle zu stellen. Dazu zählt, dass ein Spiegel-Online-Korrespondent die Türkei verlassen muss, weil seine Akkreditierung nicht verlängert wird. Die Pressefreiheit in der Türkei

ist inzwischen in einem **erbärmlichen Zustand.** Das schafft kein Vertrauen und widerspricht den Grundwerten einer freiheitlichen Gesellschaft. Die EU muss das bei ihren Gesprächen klar und deutlich benennen. **Am Dialog führt daher kein Weg vorbei.** In der unabdingbaren Zusammenarbeit mit der Türkei ist ein **kritischer Austausch** nötig. In diesem komplizierten Spannungsverhältnis müssen wir in der Flüchtlingshilfe und Migration konkrete humanitäre Vereinbarungen treffen.

Wir müssen unserer **Zusammenarbeit mit der Türkei neue Dynamik verleihen.** Ohne Not wurde der Türkei in den vergangenen Jahren auch von der damaligen schwarzgelben Bundesregierung die Tür

zum EU-Beitritt vor der Nase zugeschlagen. Das war ein gravierender Fehler.

Jetzt ist es wichtig, dass die von der EU bereits versprochenen drei Milliarden Euro zügig fließen: **Für die Millionen von Flüchtlingen in der Türkei, für Integrationsleistungen und für eine Bildungsoffensive, um die Beschulung syrischer Flüchtlingskinder zu ermöglichen. Es darf keine verlorene Generation geben.**

Um den demokratischen Kräften im Land zu helfen, muss die EU jetzt ihr gesamtes Gewicht in die **Waagschale werfen und die Verhandlungskapitel über Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eröffnen.**

Behindertenrechte stärken

Erste Rede in leichter Sprache von Parl. Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller

In diesem Jahr wollen wir die **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nachhaltig stärken und verbessern**.

Vor dem Einstieg in die Beratungen zum **Bundesteilhabegesetz**, haben wir uns in dieser Woche in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf zur **Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts** befasst. Hierzu sprach die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Gabriele Lösekrug-Möller, die die Gesetzesinhalte erst-

mals in leichter Sprache vortrug. „Es ist nicht leicht“, sagte sie, „in leichter Sprache zu reden.“ Wir müssen noch viel lernen.

Dieses Gesetz soll für **mehr Barrierefreiheit sorgen** und **Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen in der öffentlichen Verwaltung abbauen**.

Dafür wird es **Verbesserungen beim Benachteiligungsverbot** geben. Das bedeutet: **Wenn Träger der öffentlichen Hand Menschen mit**

Behinderungen angemessene Vorkehrungen wie Gebärdendolmetscher, eine bauliche Veränderung oder die Bereitstellung einer barrierefreien PDF-Datei **versagen**, gilt dies bereits als Benachteiligung.

Ebenso sollen **Verbesserungen der Barrierefreiheit** innerhalb der Bundesverwaltung, eine Stärkung der leichten Sprache und eine Anpassung des Behinderungsbegriffs an den Wortlaut der UN-Behindertenrechtskonvention durchgesetzt werden.

Pflegeberufe attraktiver machen

Auch angesichts der demografischen Entwicklung ist die Sicherung einer **hochwertigen Pflegeversorgung** eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Der Gesetzentwurf zur **Reform der Pflegeberufe** zielt deshalb darauf ab, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Dafür sollen die bisherigen **drei Ausbildungsgänge in der Alten-, Kranken- und Kinderkran-**

kenpflege zu einem einheitlichen Berufsbild zusammengeführt werden.

Die **generalistische Pflegeausbildung** soll auf einen Einsatz in allen drei Arbeitsfeldern der Pflege vorbereiten. Damit werden Wechsel zwischen den Pflegebereichen einfacher, so dass sich für die Pflegekräfte zusätzliche Beschäftigungs- sowie Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen.

Da in der Pflegebranche überwiegend Frauen beschäftigt sind, unternehmen wir so **einen wichtigen Schritt in Richtung Lohngerechtigkeit**.

Die Finanzierung der Pflegeausbildungen soll mit der Reform langfristig abgesichert werden. Dazu gehört auch, **dass die Erhebung von Schulgeld abgeschafft** wird.

Equal-Pay-Day am 19. März:

Frauen sind keine Arbeitskräfte zweiter Klasse

Seit über **50 Jahren** gilt das Gebot der **Entgeltgleichheit für Frauen und Männer**. Doch die Praxis sieht immer noch anders aus: Frauen bekommen knapp 22 Prozent weniger Lohn in Deutschland als Männer – trotz gleichwertiger Arbeit. Betrachtet man das unbereinigte geschlechtsspezifische Lohngefälle, markiert der 19. März den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen umsonst gearbeitet haben. Männer hingegen wurden bereits ab dem 1. Januar voll bezahlt. Zwar ist die Lohnlücke leicht gesunken und einer der **Gründe dafür liegt in der Ein-**

führung des gesetzlichen Mindestlohns, von dem überwiegend Frauen im Niedriglohnbereich profitieren. Dennoch müssen Frauen nach wie vor **zweieinhalb Monate mehr arbeiten**, um auf das durchschnittliche Jahresentgelt von Männern zu kommen. Ohne gesetzliche Maßnahmen wird sich daran leider nichts ändern. Deshalb ist das **Lohn gerechtigkeitsgesetz** eine sinnvolle Maßnahme, um in Zukunft den Equal-Pay-Day **aus dem Kalender streichen zu können**. Das Schließen der Lohnlücke ist eine **Frage der Gerechtigkeit**.



Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen – seit 2014

Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat im Juli 2014 ein zentrales Instrument für **die Intensivierung des Wohnungsbaus** ins Leben gerufen: Ein Bündnis von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie der Wohnungs- und Bauwirtschaft **für bezahlbares Wohnen und Bauen**.

Diese Woche haben wir den Bericht des Bündnisses beraten, der Handlungsempfehlungen aufzeigt, um den

Bedarf an bezahlbarem Wohnraum schnell zu decken.

Kern des Berichtes ist ein **10-Punkte-Programm** für eine Wohnungsbauoffensive, das unter anderem die **Bereitstellung von Bauland, steuerliche Anreize, eine Vereinfachung von Bauvorschriften sowie Mittel für den sozialen Wohnungsbau** vorsieht.

Angesichts **zu geringer Neubautätigkeit**, starker **Binnenwanderungen** und dem **Flüchtlingszuzug** ist der Bedarf an **bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen** mit kleinen und mittleren Einkommen nochmals gestiegen.

Ziel ist es, in **Zukunft jährlich mindestens 350.000 Wohnungen fertigzustellen**. Dafür sollen auf allen Ebenen Hemmnisse beseitigt und Anreize gesetzt werden.

Bau von bezahlbaren Mietwohnungen steuerlich fördern

Die **Kommunen** sind der zentrale Ort, an dem sich das Gelingen unserer Gesellschaft und der soziale Zusammenhalt am deutlichsten ableasen lässt.

Bereits in den letzten beiden Jahren hat das **SPD-geführte Bundesbauministerium** den **sozialen Wohnungsbau** aus dem **Dornröschenschlaf geweckt**.

Die Wohnungsversorgung, die insbesondere wichtig für Studierende, ältere Menschen, aber gerade auch

für Familien mit geringem Einkommen ist, **hat immer mehr an Fahrt aufgenommen**. Und dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden.

Mit der Wohnungsbau-Offensive wollen wir guten und bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen.

Eine zentrale Rolle spielt hierbei der **soziale Wohnbau**, der überall und nicht nur in abgeschotteten Quartieren stattfinden soll.

Der Fokus soll auf der Errichtung **neuer Mietwohnungen** liegen, die auch für mittlere und untere Einkommensgruppen bezahlbar sind.

Wohnungen mit hohem Standard bedürfen keiner steuerlichen Förderung und sollen vollständig von der Maßnahme ausgeschlossen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich für eine sinnvolle Abgrenzung der **förderfähigen Mietwohnungsneubauten** und für eine angemessene Ausgestaltung der steuerlichen Förderung einsetzen.

Die 10 Punkte der Wohnungsbau-Offensive

1. Bauland bereitstellen und Grundstücke der öffentlichen Hand verbilligt und nach Konzeptqualität vergeben
 2. Wohnsiedlungen nachverdichten, Brachflächen und Baulücken schließen
 3. Soziale Wohnraumförderung und genossenschaftliches Wohnen stärken
 4. Steuerliche Anreize für mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen
 5. Bauordnungen harmonisieren – Aufwand reduzieren
 6. Normen, Standards und gesetzliche Anforderungen im Bauwesen auf den Prüfstand stellen
 7. Serielles Bauen für günstigen Wohnraum voranbringen
 8. Stellplatzverordnungen flexibler ausgestalten
 9. Energieeinsparungsgesetz, Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz neu konzipieren
 10. Gemeinsam für mehr Akzeptanz von Neubauvorhaben werben
-



Mit meinem MdB-Kollegen Prof. Dr. Lars Castellucci in einer Gesprächsrunde zum Asylrecht im „fideljo“ in Mosbach



Neuinstallation und Auseinandersetzung mit der Geschichte der HI.-Grab-Kapelle in Lauda



Infostand in Dallau



**EVA – „Ehrenamt verdient Anerkennung“
für Horst Hoffmann und Claudia Kohlenberger
vom Asylhelferkreis Bad Mergentheim**
Links auf dem Bild: Karl-Heinz Brunotte



**„Herz statt Hetze“
Kundgebung und Demo in Wertheim
mit Ute Schindler-Neidlein**



**Gespräch zur Situation der Dorfhelferinnen
bei Pro Care in Mosbach**



**Besuch unseres
Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier:
Volles Haus in der „Alten Mälzerei“ in Mosbach
Bild: Kenneth Weidlich**



**Meine Kollegin und Energieexpertin
Dr. Nina Scheer, MdB, zu Gast in Lauda**



**Besuch der Kita St. Venantius in Wertheim,
die zu den neu geförderten Sprachkitas gehört**



**„Demo für Vielfalt im Neckar-Odenwald“
in Mosbach**



Infostand Bad Mergentheim



**Ausstellungseröffnung „Max Matschfrosch“
in meinem Mosbacher Büro
Bild: Gerd Teßmer**



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein Team und ich gern zur Verfügung:

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr.1
97922 Lauda-Königshofen
Tel: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de

Ralph Hornung
Nicole Nobel
Hilda Löser-Schäfer
Naile Sulejmani

dorothee.schlegel@bundestag.de

Johannes Gamer
Silke Pachal

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de

Renate Gaul



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd